

Moskau und vier Lakaien gegen den Rest der Vereinten Nationen

141 Staaten stimmen in der UN-Generalversammlung für eine Verurteilung Russlands und fordern den sofortigen Rückzug der Truppen aus der Ukraine. Noch nie war ein ständiges Mitglied des UN-Sicherheitsrats so isoliert wie Putins Regierung heute

Von Andreas Zumach

Russland und sein Präsident Wladimir Putin haben sich mit dem völkerrechtswidrigen Krieg gegen die Ukraine international so weit isoliert wie nie zuvor eines der fünf ständigen Mitglieder des UNO-Sicherheitsrats. Am Mittwochabend verlangte eine knappe Dreiviertelmehrheit von 141 der 193 Mitgliedsstaaten von Russland in einer Dringlichkeitsitzung der Generalversammlung per Resolution einen „sofortigen Waffenstillstand“ sowie den „sofortigen bedingungslosen und vollständigen Rückzug“ seiner Streitkräfte aus der Ukraine.

Mit Russland stimmten lediglich Belarus, Nordkorea, Syrien

Der Angriffsbefehl erfolgte noch während der laufenden Sitzung des Sicherheitsrats. Das kam nicht gut an

und Eritrea gegen die Resolution. 35 Staaten enthielten sich, darunter neben China, Indien und Iran auch Länder wie Kuba und Nicaragua, die bei vergangenen Abstimmungen meist die Position Russlands unterstützt hatten. 12 der 193 Mitgliedsstaaten waren bei der Abstimmung nicht anwesend.

In der Resolution heißt es, „die militärischen Angriffe der russischen Streitkräfte“ hätten „ein Ausmaß erreicht, das die internationale Gemeinschaft seit Jahrzehnten in Europa nicht

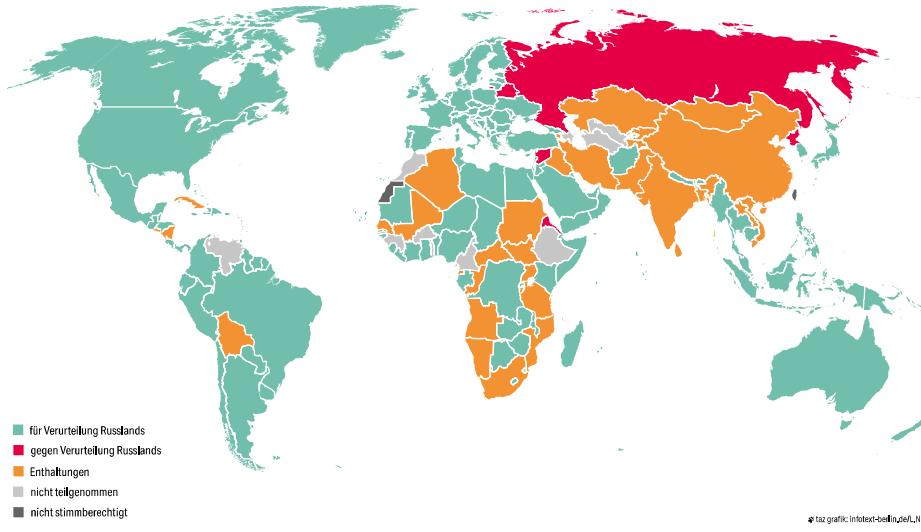
mehr erlebt“ habe. Mit der Resolution „bekennet sich die internationale Gemeinschaft zur Souveränität, Unabhängigkeit, Einheit und territorialer Integrität der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen“. Die Regierung Putins wird aufgefordert, ihre am 21. Februar verkündete „Anerkennung“ der beiden ostukrainischen Teilstreitgebiete Donezk und Luhansk wieder rückgängig zu machen. Zudem wird in der Resolution der Befehl des russischen Präsidenten verurteilt, die Abschreckungswaffen der Atomwaffen in besondere Alarmbereitschaft zu versetzen.

Die Mehrheit fiel auch deshalb so deutlich aus, weil der Angriffsbefehl von Putin noch während der Dringlichkeitsitzung des Sicherheitsrats zur Verhinderung dieses Krieges am Abend des 23. Februar erfolgte – eine negative Première in der Geschichte der UNO, die von sehr vielen Mitgliedsstaaten als böser Affront gegen die Weltorganisation wahrgenommen wurde.

Russlands UN-Botschafter Wassili Nebensia gab sich nach der Abstimmung unbbeeindruckt. Die Entscheidung werde es der russischen Regierung „nicht erlauben, militärische Aktivitäten zu beenden“. Vielmehr könne sie „radikale Kräfte“ und „Nationalisten“ in Kiew ermutigen, warnte er.

Mit ihrer Resolution verurteilte die Generalversammlung erst zum dritten Mal in der 77-jährigen Geschichte der UNO einen der fünf ständigen Mitgliedsstaaten des Sicherheitsrats. Auch die beiden ersten Male traf es die Regierung

Abstimmung in der UN-Vollversammlung



in Moskau. Mit noch deutlicher Mehrheit als am Mittwoch hatte die Generalversammlung Ende März 2014 die Annexion der Krim durch Russland und im Januar 1980 die kurz zuvor erfolgte Invasion der damaligen Sowjetunion in Afghanistan als völkerrechtswidrig verurteilt.

Die Initiative Südafrikas für eine Resolution der Generalversammlung zur Verurteilung des völkerrechtswidrigen Krie-

ges der USA und Großbritanniens gegen Irak im Jahr 2003 erstickte die Administration von US-Präsident George W. Bush mit massiven Drohungen gegen die Regierung in Pretoria.

Die in ihrer Größenordnung bislang beispiellose Abstimmungsniederlage dürfte das Ansehen Russlands sowie seine Einfluss- und Handlungsmöglichkeiten in der UNO deutlich schwächen. Mit Aufmerksamkeit wurde in New York auch re-

gistriert, dass mit Brasilien, Indien, China und Südafrika alle mit Russland in der Gruppe der BRICS verbündeten Staaten entweder für die Resolution gestimmt oder sich enthielten.

Laut UN-Charta liegt die Hauptverantwortung zur Wahrung oder Wiederherstellung des Friedens beim Sicherheitsrat. Doch als der während des Koreakrieges 1950 diese Zuständigkeit nicht wahrnehmen konnte, weil er durch eine Vetodrohung

der Sowjetunion handlungsunfähig war, zog die Generalversammlung diese Verantwortung mit der Resolution 377 (Uniting for Peace) an sich. Dies geschah seitdem in zehn weiteren Fällen. Konkrete Folgen hatte allerdings nur die Ursprungssresolution vom 3. November 1950. Auf deren Basis verurteilte die Generalversammlung China als Aggressor und beschloss im Mai 1951 ein Waffenembargo gegen Nordkorea und gegen China.

Asien: Zurückhaltend und beobachtend

Waffen, Weizen und Gas – wirtschaftliche Verflechtungen lassen Kritik nur leise anklingen

Von Natalie Mayrhoth, Mumbai

Dass Indien sich bei der jüngsten Russland-bezogenen Abstimmungen erneut zurückgehalten hat, überrascht nicht. Mit dem Besuch des russischen Präsidenten Putin im Dezember in Neu-Delhi bauten Indien und Russland erst ihre militärischen Beziehungen aus. Berichtet wurde von einem Vertragsabkommen über 5 Milliarden Dollar und der gemeinsamen Produktion von Sturmgewehren im Norden Indiens. Es sind Rüstungsgüter, auf die Indien nicht verzichten möchte, denn der Konflikt an den Grenze zu China und Pakistan scheint allgegenwärtig – auch wenn er nur gelegentlich ein Thema in den Medien ist.

Dabei ist Indien nicht das einzige Land in Südasien, das sich bei der UN-Abstimmung enthielt: Pakistan, Bangladesch und Sri Lanka reihten sich ein, ebenso wie Nachbar China. Nepal, die Malediven und Afgha-

Afrika: Alte Solidarität und neue Geschäfte

Nur etwa die Hälfte Afrikas verurteilte Russland. Militärische Verbindungen sind vielerorts eng

Von Simone Schlindwein, Kampala

Russland hat in der UN-Generalversammlung der Vereinten Nationen Rückendeckung aus Afrika erhalten. Nur 28 der 54 afrikanischen Staaten stimmten dafür, den russischen Krieg in der Ukraine zu verurteilen.

Das kommt nicht von ungefähr. Angola, Mosambik und Simbabwe hatten bereits in der Zeit der Sowjetunion enge Beziehungen zu sozialistischen Staaten, auch der regierende ANC in Südafrika. Die Befreiungsbewegungen, die im südlichen Afrika bis heute an der Macht sind, wurden damals von Moskau unterstützt und bewaffnet.

In vielen Ländern besteht noch heute eine gewaltige Abhängigkeit des gesamten Militäraparats von russischen Lieferungen: von Kampfjet über Training und Wartung bis zu jeder einzelnen Kugel Munition.

Uganda und Algerien gehören hier zu den Vorreitern.

Mehr als drei Viertel ihres Waffenarsenals stammt von russischen Herstellern. Dann folgen Angola, Südsudan und Ägypten.

Russische Militärdelegationen gingen im vergangenen Jahr in Uganda ein und aus. Sie trafen dort auch Muhammed Khalil neragua, Sohn von Präsident Yoweri Museveni und Chef des ugandischen Heeres. Er twittete in den vergangenen Tagen seine Unterstützung für Putin.

Auch Sudans stellvertretende Leiter des Regierungsrats, General Mohamed Hamdan Dagalo, meldete Unterstützung für Russland. Als der russische Einmarsch in die Ukraine begann, war er gerade mit einer großen Regierungsdelegation zu Besuch in Moskau. 2020 hatten die beiden Länder vereinbart, dass Russland einen Militärluftstützpunkt im Port Sudan am Roten Meer bauen darf – es wäre Russlands erste ständige Militärbasis in Afrika, direkt an der wichtigsten Handelsroute zwischen Asien und Europa.

Lateinamerika: Putins Freunde im Zickzack

Der Großteil des Kontinents stimmt für Russlands Verurteilung – manche mit Bauchschmerzen

Von Jürgen Vogt, Buenos Aires

Gegenstimmen aus Lateinamerika und der Karibik gab es bei der UNO-Generalversammlung verabschiedeten Resolution gegen den Einmarsch in die Ukraine nicht. Aber auf geschlossene Ablehnung trifft Russlands Krieg auch nicht: Bolivien, Nicaragua, Kuba und El Salvador enthielten sich. Venezuela nahm gar nicht erst teil.

Ein klein wenig überraschend sind die Zustimmungen von Brasilien und Mexiko. Beide Regierungen hatten in den Tagen zuvor jegliche Sanktionsmaßnahmen abgelehnt. Brasiliens Präsident Jair Bolsonaro hatte Putin noch vor zwei Wochen in Moskau besucht. „Brasilien hängt in großen Teilen von Dungemitteln aus Russland ab“, rechtfertigte er die Visite. Das erklärt den Eiertanz der vergangenen Tage. Jetzt hat Bolsonaro eine alte Gesetzesvorlage ausgepackt, die es „ermöglicht, die Aus-

beutung von Mineralien, Wasser und organischen Ressourcen in indigenen Ländern“ im Amazonas voranzutreiben. Putin nutzt Bolsonaro für die Besetzung des Amazonas, so die bisige Kritik.

Auch Mexikos Präsident Andrés Manuel López Obrador hatte zunächst auf die traditionelle Neutralität seines Landes verwiesen, wohl wissend, dass das bilaterale Handelsvolumen knapp 2,5 Milliarden Dollar umfasst. Am Tag der Abstimmung durfte er sich aber an Mexikos Freihandelsabkommen mit den USA und Kanada erinnert haben, das für sein Land weitaus wichtiger ist. Venezuela hatte schon zuvor Solidaritätsklärungen abgegeben. „Der russische Präsident hat moralische Stärke, Venezuela hat die gleichen Maßnahmen ertragen, die gegen Russland angewendet wurden, und hier stehen wir bei Fuß, das habe ich Putin gesagt“, so Venezuelas Staatschef Nicolás Maduro.